

A n t r a g
des
RECHTS- UND VERFASSUNGS-AUSSCHUSSES

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Wilfing, Ing. Gratzner, Waldhäusl, Mag. Schneeberger, Findeis, Dr. Michalitsch, Mag. Hackl, Hauer, und Ing. Schulz betreffend Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Freiwilligenwesens.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, bei der neuen Bundesregierung darauf zu drängen, dass folgende Maßnahmen für die Freiwilligenorganisationen rasch umgesetzt werden:
- Sicherstellung der Entgeltfortzahlung bei Katastropheneinsätzen
 - Befreiung von der Rundfunkgebühr
 - Befreiung von der Entrichtung des AKM- Beitrags
 - Befreiung von Impf –und Untersuchungskosten
 - Zusätzliche Finanzmittel aus der Mineralölsteuer
 - Rechtliche Verankerung der Pflicht zur Bildung einer Rettungsgasse bei Unfällen auf Autobahnen
 - Rechtliche Absicherung der Mitwirkung der Feuerwehren bei Maßnahmen zur Abwehr von Gewässerverunreinigungen
2. Der Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u.a. betreffend Sofortige finanzielle Absicherung der Blaulichtorganisationen, LT-65/A-3/2 und der Antrag der Abgeordneten Cerwenka u.a. betreffend Rasches Entlastungspaket für die NÖ Feuerwehren, LT-70/A-2 werden mit diesem Antrag erledigt.

FINDEIS
Berichterstatter

Dr. MICHALITSCH
Obmann